

KURZFASSUNG DER GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE 2/18

Berlin, den 27. September 2018

Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer

Der Aufschwung in Deutschland geht in sein sechstes Jahr. Er hat allerdings an Fahrt eingebüßt. Dies hat sowohl nachfrageseitige als auch angebotsseitige Gründe. Zum einen hat sich das Auslandsgeschäft im Einklang mit der Verlangsamung der Konjunktur in den wichtigsten deutschen Absatzmärkten abgeschwächt. Zum anderen sehen sich Unternehmen allem Anschein nach zunehmend produktionsseitigen Engpässen gegenüber, vor allem bei Arbeitskräften und beim Bezug von Vorleistungsgütern. Überlagert wird dies durch Probleme in der Automobilindustrie im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Prüfverfahrens WLTP, die aufgrund der hohen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Branche sichtbare Spuren beim Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts hinterlassen. Die Umstellungsprobleme dürften aber im Winterhalbjahr überwunden werden. Hinzu kommen Impulse aufgrund von finanzpolitischen Maßnahmen, die zum Jahresbeginn 2019 in Kraft treten. Im Durchschnitt dürfte die Wirtschaftsleistung nach einem Zuwachs um 1,7 Prozent in diesem Jahr mit Raten von 1,9 Prozent im Jahr 2019 und 1,8 Prozent im Jahr 2020 expandieren. Die Beschäftigung dürfte weiter spürbar, wenngleich mit abnehmendem Tempo ausgeweitet werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit nähert sich gegen Ende des Prognosezeitraums wohl der Marke von 2 Millionen. Die Inflation wird sich dabei voraussichtlich von 1,8 Prozent im Durchschnitt dieses Jahres auf 2,0 Prozent im kommenden Jahr beschleunigen und 2020 bei 1,9 Prozent liegen. Trotz einer expansiv ausgerichteten



SENDESPERRFRIST

27. September 2018, 10:00 Uhr MESZ

PRESSEKONTAKT

Sabine Weiler
RWI – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Tel +49 201 8149-213
sabine.weiler@rwi-essen.de

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Roland Döhrn
RWI
Tel +49 201 8149-262
roland.doehrn@rwi-essen.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹	1,7	2,2	2,2	1,7	1,9	1,8
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	43 071	43 642	44 269	44 860	45 280	45 590
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 795	2 691	2 533	2 340	2 200	2 085
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozent)	6,4	6,1	5,7	5,2	4,8	4,5
Verbraucherpreise ^{1,4}	0,3	0,5	1,8	1,8	2,0	1,9
Lohnstückkosten ^{1,5}	1,7	1,2	1,5	2,3	2,2	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
in Milliarden Euro	23,9	28,7	34,0	54	42	41
in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,9	1,0	1,6	1,2	1,1
Leistungsbilanzsaldo						
in Milliarden Euro	271,4	268,8	257,7	251	245	261
in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukt	8,9	8,5	7,9	7,4	7,0	7,1

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Verbraucherpreisindex (2010=100).

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2018 bis 2020: Prognose der Institute.

© GD Herbst 2018

Finanzpolitik zeichnen sich für den Staat weiterhin Haushaltsüberschüsse ab, die allerdings von 54 Milliarden Euro auf 41 Milliarden Euro zurückgehen werden.

Im Herbst 2018 sind die Unsicherheiten über den Fortgang der **Weltkonjunktur** groß. Bis zum Sommer expandierte die globale Produktion zwar weiterhin recht kräftig. Zuletzt haben sich aber die Aussichten spürbar eingetrübt. Zum einen stellen sich die finanziellen Rahmenbedingungen für die Schwellenländer aufgrund eines Rückzugs von internationalen Investoren nunmehr schlechter dar; in der Türkei und in Argentinien nahm die Entwicklung krisenhafte Ausmaße an. Zum anderen überschatten Handelskonflikte den Ausblick. Die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Ländern sind seit Jahresbeginn wieder größer geworden. In den USA hat der Aufschwung wegen des starken Impulses seitens der Finanzpolitik noch einmal an Schwung gewonnen, und in China legte die Produktion weiter deutlich zu. Im Euroraum dagegen hat die Konjunktur an Fahrt verloren, besonders ausgeprägt in Frankreich und in Italien.

Der **Welthandel**, der Ende vergangenen Jahres noch kräftig gestiegen war, wurde seit Jahresbeginn kaum noch ausgeweitet. Darin spiegelt sich allerdings nur zum Teil die Verschlechterung der handelspolitischen Rahmenbedingungen. Denn zum einen stagniert dieser bereits seit dem Jahreswechsel, während die von den USA ergriffenen handelspolitischen Maßnahmen und die Vergeltungszölle anderer Länder erst im Sommer in Kraft traten. Zum anderen betreffen die bisher ergriffenen Maßnahmen nur einen kleinen Kreis von Gütern. Schließlich haben die Währungen der von den US-Zöllen betroffenen Länder seit Beginn des Handelskonflikts meist sehr stark gegenüber dem US-Dollar abgewertet, was dem mit der Zollerhebung verbundenen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit entgegenwirkt. Allerdings dürften die Handelskonflikte die Konjunktur über die unmittelbaren Wirkungen auf den Handel hinaus dämpfen, da die Planungssicherheiten für Unternehmen vermindern.

Im Jahresverlauf ist der Erdölpreis stark gestiegen und lag im August um rund 45 Prozent höher als vor einem Jahr. Dies hat die Verbraucherpreise in den größeren fortgeschrittenen Volkswirtschaften verstärkt steigen lassen. Im Sommer erreichte die **Inflationsrate** in den USA fast 3 Prozent und überstieg im Euroraum das von der EZB mittelfristig angestrebte Inflationsziel von etwa 2 Prozent leicht. In Japan war die Inflation mit 0,9 Prozent allerdings immer noch gering. Die (um die Energiepreiskomponente bereinigte) Kernrate hat sich bislang nur in den USA erhöht. Sowohl in Japan (0,3 Prozent im Juli) als auch im Euroraum (1,3 Prozent im August) blieb sie praktisch unverändert.

In den USA hat die **Geldpolitik** aufgrund der anziehenden Inflation das Tempo der geldpolitischen Straffung erhöht. Die Fed hat ihr Zielband für die Federal Funds Rate in diesem Jahr bereits zweimal angehoben auf derzeit 1,75–2,0 Prozent. Gleichzeitig kommuniziert sie, dass mit weiteren Anhebungen zu rechnen ist. Sofern die konjunkturelle Expansion anhält, dürfte der Leitzins Ende 2019 bei 2,5 bis 2,75 Prozent und damit ungefähr bei einem konjunkturalneutralen Niveau angekommen

sein. Im Euroraum und in Japan liegen die Leitzinsen dagegen unverändert bei 0 Prozent. Allerdings führen die Notenbanken den Umfang ihrer Wertpapierkäufe zurück. Die EZB beabsichtigt, die Nettokäufe Ende 2018 ganz einzustellen, der Leitzins dürfte aber erst in der zweiten Jahreshälfte 2019 angehoben werden. Für Japan zeichnet sich noch keine Zinserhöhung ab.

Die Kapitalmarktzinsen sind in den USA angesichts der erwarteten Geldpolitik und der robusten Konjunktur gestiegen. Bei zehnjährigen Staatsanleihen beträgt der Renditeabstand gegenüber deutschen oder britischen Titeln gegenwärtig 2,6 beziehungsweise 1,6 Prozentpunkte. Zugleich haben Finanzanlagen in **Schwellenländern** an Attraktivität verloren. Damit einhergehend sind Nettokapitalzuflüsse dort signifikant zurückgegangen, was die wirtschaftliche Dynamik der Schwellenländer schwächt. Problematisch ist, dass Kapitalabflüsse selbstverstärkende Effekte haben können, insbesondere wenn länderspezifische Risiken gesehen werden. Dies trifft gegenwärtig für Argentinien und für die Türkei zu. Zugleich haben die Währungen nahezu aller Schwellenländer in den vergangenen Monaten spürbar abgewertet, was darauf hindeuten könnte, dass Investoren Anlagen in diesem Länderkreis generell riskanter einschätzen. Die wirtschaftlichen Risiken für die Schwellenländern sind vor diesem Hintergrund zwar deutlich gestiegen, eine krisenhafte Zuspitzung wie während der Asienkrise 1997/1998 ist aber nicht zu erwarten. Die meisten Schwellenländer sind weniger exponiert als damals, weil die Fremdwährungsverschuldung stark reduziert wurde und der Kapitalbedarf zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten zumeist gering ist.

Unter den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die **Finanzpolitik** vor allem in den USA ausgesprochen expansiv ausgerichtet. Leicht expansiv ist die Ausrichtung auch in einigen Länder des Euroraums. Die britische Regierung hat ihre Sparpläne zwar gelockert, bleibt aber auf einem leicht restriktiven Kurs. In Japan ist vorgesehen, den Mehrwertsteuersatz im Herbst 2019 von 8 Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen, einen Teil der Mehreinnahmen will die Regierung aber für zusätzliche Staatsausgaben verwenden.

Alles in allem erwarten die Institute, dass die **Weltkonjunktur** aufwärts gerichtet bleibt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in dem in diesem Gutachten berichteten Länderkreis dürfte im Jahr 2018 um 3,3 Prozent sowie um 3,0 Prozent im Jahr 2019 bzw. um 2,9 Prozent im Jahr 2020 expandieren. Treibende Kraft bleibt angesichts der geld- und der finanzpolitischen Ausrichtung in den meisten Ländern die Binnenkonjunktur, während die Verunsicherung über die Zukunft der Welthandelsordnung weiterhin belastend wirken dürfte. Global verliert die Expansion im Prognosezeitraum allerdings voraussichtlich an Tempo. Der Anstieg des Welthandels dürfte sich im Jahr 2018 deutlich auf 3,4 Prozent verringern, in den kommenden beiden Jahren dürfte er allenfalls 3 Prozent erreichen.

Im **Euroraum** schwächte sich die Konjunktur nach der kräftigen Expansion im vergangenen Jahr in der ersten Jahreshälfte 2018 ab. Maßgeblich war, dass die Exporte nach sehr kräftigen Zuwächsen im Vorjahr an Fahrt verloren. Der private

Verbrauch und die Investitionen nahmen im ersten Halbjahr insgesamt hingegen in wenig verändertem Tempo zu. Zu Beginn des dritten Quartals wirkten sich Probleme bei der Umstellung auf den neuen Abgas-Teststandard WLTP negativ auf die Produktion in der Automobilindustrie aus, was auf die Gesamtwirtschaft durchschlug. Im Prognosezeitraum wird die Finanzpolitik der Konjunktur Impulse geben. Zudem regen die günstigen Finanzierungsbedingungen und die hohe Kapazitätsauslastung die Investitionstätigkeit an. Die sich weiter bessernde Lage am Arbeitsmarkt und steigende Löhne stärken die privaten Konsumausgaben. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts dürfte im laufenden Jahr 2,0 Prozent betragen, gefolgt von 1,8 Prozent im nächsten Jahr und 1,6 Prozent im Jahr 2020. Damit bleibt der Euroraum im Aufschwung, wenn dieser auch an Fahrt verliert. Dabei wird die Expansion in zunehmende Maße von der Binnenwirtschaft getragen.

Der Aufschwung in **Deutschland** geht in sein sechstes Jahr. Eine tragende Säule ist die Binnenwirtschaft, die vom starken Beschäftigungsaufbau und von niedrigen Zinsen angeregt wird. Zu Jahresbeginn war die Auslastung der Produktionskapazitäten sehr hoch, sie nahm seither allerdings nicht weiter zu. Dies hat sowohl nachfrageseitige als auch produktionsseitige Gründe. Zum einen sind die Auftragseingänge seit Jahresanfang in der Tendenz rückläufig, auch weil sich die Konjunktur in den wichtigsten deutschen Absatzmärkten im ersten Halbjahr verlangsamt hat. Zum anderen sehen sich Unternehmen allem Anschein nach zunehmend angebotsseitigen Engpässen gegenüber, vor allem bei Arbeitskräften und Vorleistungsgütern. Dafür spricht auch, dass die Produktion das hohe Tempo vom vergangenen Jahr trotz nach wie vor gut gefüllter Auftragsbücher nicht mehr gehalten hat.

Im Sommer wurde das konjunkturelle Bild durch starke **Produktions- und Lieferschwankungen im Automobilssektor** überlagert. Wegen Engpässen bei der Zertifizierung nach dem neuen Prüfverfahrens WLTP, die für alle ab dem 1. September 2018 neu zugelassenen Fahrzeuge erforderlich ist, wurden Läger beträchtlich aufgebaut und zeitweise Produktion und Lieferungen gestoppt. Angesichts des großen Gewichts der Automobilindustrie wird sich dies gesamtwirtschaftlich bemerkbar machen; im zweiten Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt lediglich mit einer Vorquartalsrate von 0,1 Prozent zugenommen haben. Die Institute gehen davon aus, dass der Automobilssektor seine Schwäche im Schlussquartal im Wesentlichen überwindet. Damit dürfte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal wieder kräftig expandieren.

Die Finanzpolitik wird zu Beginn des kommenden Jahres die Konjunktur anregen. Staatliche Transferleistungen und Ausgabenprogramme werden ausgeweitet sowie Arbeitnehmer entlastet. Auch die anhaltend günstigen monetären Rahmenbedingungen werden die Konjunktur weiter stützen. Jedoch werden im Zuge der sich allmählich abschwächenden Weltkonjunktur die außenwirtschaftlichen Impulse wohl nicht mehr so kräftig ausfallen. Hinzu kommt, dass das heimische Erwerbspersonenpotenzial zunehmend ausgeschöpft ist und sich die Zuwanderung verlangsamt. Insgesamt dürfte der Aufschwung im Prognosezeitraum nach und nach an Kraft verlieren.

Im Jahresdurchschnitt dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 1,7 Prozent zunehmen. Damit senken die Institute ihre Einschätzung für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozentpunkte gegenüber ihrem Frühjahrsgutachten. Im kommenden Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft stimuliert durch die Finanzpolitik mit 1,9 Prozent etwas stärker zulegen als in diesem Jahr. Der für das Jahr 2020 prognostizierte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent überzeichnet die konjunkturelle Dynamik aufgrund einer hohen Zahl von Arbeitstagen; im Verlauf nimmt der Zuwachs ab. Alles in allem dürfte die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Prognosezeitraum damit fortbestehen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** deuten die gestiegenen Vakanzzeiten offener Stellen und ein höherer Lohndruck darauf hin, dass das Arbeitsangebot immer weniger in der Lage ist, die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. Entsprechend wird sich wohl der Beschäftigungsaufbau im Verlauf des Prognosezeitraums allmählich abschwächen. Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 590 000 Personen zunehmen. In den Jahren 2019 und 2020 geht der Zuwachs dann auf 420 000 bzw. 310 000 Personen zurück. Zum einen wird es zunehmend schwieriger offene Stellen mit Arbeitslosen zu besetzen; der Rückgang der Arbeitslosigkeit verringert sich von 190 000 in diesem Jahr voraussichtlich auf 140 000 im kommenden Jahr und 120 000 im Jahr 2020. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent im laufenden Jahr und 4,8 Prozent bzw. 4,5 Prozent in den beiden Folgejahren. Zum anderen wird das Erwerbspersonenpotenzial weniger stark zunehmen als bisher. Die positiven Trends bei der Partizipation und der Zuwanderung vermögen in immer geringeren Maße den alterungsbedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auszugleichen.

Aufgrund der hohen Arbeitskräfteknappheit dürften die **Löhne** weiter kräftig steigen. Die tariflichen Monatsverdienste werden nach einem Plus von 2,6 Prozent in diesem Jahr in den Jahren 2019 und 2020 voraussichtlich um durchschnittlich jeweils 2,7 Prozent angehoben. Die effektiven Lohnzahlungen dürften stärker zulegen als die Tariflöhne, da übertarifliche Lohnbestandteile zur Gewinnung neuer Arbeitnehmer und Bindung vorhandener Arbeitskräfte an Bedeutung gewinnen.

Der **private Konsum** dürfte weiterhin kräftig zur gesamtwirtschaftlichen Expansion beitragen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden in den kommenden beiden Jahren spürbar von der Finanzpolitik befördert, unter anderem durch Korrekturen am Einkommensteuertarif und durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung. Zusätzlichen Auftrieb erhalten die verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr durch den kräftigen Anstieg der monetären Sozialleistungen, wofür insbesondere die Leistungsausweitung bei der Mütterrente und eine erneut deutliche Erhöhung der Altersrenten maßgeblich sind. Bei alledem werden die Verbraucherpreise wohl leicht beschleunigt zulegen. Die **Inflationsrate** steigt von 1,8 Prozent in diesem Jahr auf 2,0 Prozent bzw. 1,9 Prozent in den kommenden beiden Jahren. Während dabei der derzeit die Inflationsdynamik dominierende Einfluss der Energiepreise ausläuft steigt die Kerninflation deutlicher.

Die **Investitionstätigkeit** dürfte im Prognosezeitraum angesichts der sehr hohen Kapazitätsauslastung und der guten Finanzierungsbedingungen ebenfalls recht kräftig bleiben. Einer stärkeren Ausweitung dürfte nicht zuletzt entgegenstehen, dass der Aufschwung allmählich an Kraft einbüßt und die Engpässe am Arbeitsmarkt hoch bleiben. Vor allem im Baugewerbe behindern Kapazitätsengpässe weiter die Bautätigkeit und dürften sich in einem weiterhin sehr kräftigen Auftrieb der Baupreise niederschlagen. Die deutschen Ausfuhren werden wohl erst am Jahresende wieder Fahrt aufnehmen. Hierbei spielen Nachholeffekte bei den Kfz-Ausfuhren nach Abschluss der Zertifizierung von Neuwagen eine maßgebliche Rolle. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Exporte im Einklang mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Verlauf mit nur allmählich abnehmenden Raten steigen.

Für den gesamten Prognosezeitraum erwarten die Institute deutliche **Finanzierungsüberschüsse des Staates**. Im laufenden Jahr wird der Überschuss 54 Milliarden Euro bzw. 1,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen und damit einen neuen Höchstwert erreichen. In den Folgejahren werden sich die expansiven Maßnahmen der Bundesregierung bemerkbar machen und der Finanzierungssaldo wird auf 41 Milliarden Euro (1,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2020 abschmelzen. Der strukturelle Finanzierungssaldo beläuft sich in diesem Jahr auf 43 Milliarden Euro (1,3 Prozent in Relation zum Produktionspotenzial). In den kommenden zwei Jahren wird er in etwa bei der Hälfte liegen. Der Bruttoschuldenstand des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2018 auf rund 60 Prozent sinken. Im Jahr 2019 wird er den Maastricht-Referenzwert unterschreiten. Im Jahr 2020 dürfte er rund 55 Prozent betragen.

Die **Risiken für die deutsche und die internationale Konjunktur** haben sich gegenüber dem Frühjahr vergrößert. Insbesondere das Vordringen des Protektionismus stellt eine Gefahr dar. So droht eine weitere Zuspitzung des Handelskonflikts zwischen den USA und China. Im Verhältnis zwischen der EU und den USA ist zwar inzwischen eine Entspannung eingetreten. Aufgrund der inzwischen hohen Verflechtung der Wertschöpfungsketten würden aber stärkere Handelsbarrieren zwischen den USA und China die Produktionskosten überall auf der Welt wohl steigen lassen und auch deutsche Unternehmen treffen. Zudem hat sich im bisherigen Jahresverlauf gezeigt, dass es die protektionistische Außenwirtschaftspolitik der USA nicht bei Drohungen belässt. Einen weiteren Gefahrenherd stellen die Krisen in Argentinien und in der Türkei dar, insbesondere wenn sie einen Vertrauensverlust gegenüber weiteren Schwellenländern auslösen und so die Finanzierungsbedingungen noch deutlich stärker verschlechtern würden.

Spezielle Risiken für die Konjunktur in Europa resultieren aus der Möglichkeit eines ungeordneten Austritts Großbritanniens aus der EU und aus der gewachsenen Gefahr einer Schuldenkrise in Italien. Im Falle Großbritannien ist in der Prognose unterstellt, dass das Vereinigte Königreich die EU im März 2019 geordnet verlässt und eine Übergangsphase vereinbart wird, so dass bis zum Ende des Prognosezeitraums keine Hindernisse im Handel mit der EU entstehen. Allerdings

scheinen die Verhandlungen derzeit wenig Fortschritte zu machen, so dass ein ungeordneter „No-deal“-Ausstieg ohne Übergangsphase weiterhin möglich ist. Die deutsche Wirtschaft dürfte als Folge eines solchen Szenarios für seinen drittgrößten Exportmarkt in besonderem Maße in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Falle Italiens sind Konflikte mit den fiskalischen Regeln der Europäischen Union zu befürchten, falls die Regierung ihre expansiven finanzpolitischen Vorhaben in großem Stil umsetzen wird. Dies könnte Zweifel an der finanzpolitischen Stabilität Italiens verstärken und zu einem Wiederaufflammens der Eurokrise führen.

In ihren Ausführungen zur Wirtschaftspolitik haben sich die Institute in diesem Gutachten schwerpunktmäßig mit der **Wohnungspolitik** auseinandergesetzt. Zwar verteuern sich die Mieten in Deutschland im Durchschnitt betrachtet kaum rascher als die Lebenshaltung insgesamt. Dabei gibt es allerdings große regionale Unterschiede, und insbesondere erhebliche Differenzen zwischen Bestand- und Neuvertragsmieten. Letztere steigen in vielen Regionen überaus kräftig, so dass es für manche Einkommens- und soziale Gruppen schwierig ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Wirtschaftspolitik hat darauf inzwischen mit vielfältigen Maßnahmen reagiert.

Eine Antwort der vorherigen Bundesregierung auf regional stark steigende Mieten war die Mietpreisbremse. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass sie in der Tat den Preisanstieg im regulierten Bereich etwas dämpfen konnte, und dass befürchtete negative Wirkungen auf die Bauinvestitionen gering waren. Dies gilt allerdings nur, weil Neubauten gänzlich und umfassende Modernisierungen anfänglich von der Mietpreisbremse ausgenommen sind. Diese Gestaltung der Mietpreisbremse dürfte allerdings auch dafür sorgen, dass im Laufe der Zeit der von ihr regulierte Teil des Wohnungsmarktes im Verhältnis zum unregulierten kleiner wird, zumal durch die Mietpreisbremse Anreize bestehen, gerade günstigen Wohnraum vorzeitig abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Initiativen zur Förderung des Wohnungsbaus sind teilweise so angelegt, dass sie Gefahr laufen, dass preissteigernde Effekte zu verstärken und die Wirkungen auf die Bauaktivität zu reduzieren. So kann das Baukindergeld nur in einem kurzen Zeitraum von drei Jahren beantragt werden. Diese kurze Laufzeit dürfte zum einen dazu führen, dass die Förderung in hohem Maße für Projekte beantragt wird, die sich schon in einem fortgeschrittenen Planungsstadium befinden, so dass der Mitnahmeeffekt groß ist. Zum anderen konzentriert sich die höhere Nachfrage auf einen kurzen Zeitraum, was kostentreibende Effekte wahrscheinlich macht.

Im gegenwärtigen konjunkturellen Umfeld ist eine Förderpolitik im Wohnungsbereich angebracht, die auf Kontinuität angelegt ist, also die Perspektiven für eine dauerhafte Auslastung der Kapazitäten der Bauwirtschaft verbessert. Dies könnte auch den Kapazitätsaufbau dort begünstigen. Zudem sollte die staatliche Politik stärker an den Angebotsbedingungen ansetzen. Ein Ansatzpunkt ist die Bereitstellung von Bauland, ein anderer sind Maßnahmen zur Senkung der Baukosten und der Kosten des Immobilienerwerbs.

Anlage

Langfassung des Gutachtens

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer, Herbst 2018. Essen 2018.

Die Langfassung des Gutachtens ist am 27. September 2018 ab 10:00 Uhr unter www.gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/ abrufbar.

Über die Gemeinschaftsdiagnose

Die Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal im Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. Am Herbstgutachten 2018 haben mitgewirkt:

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
- ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. in Kooperation mit der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF)
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel)
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
- RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit dem Institut für Höhere Studien Wien

Wissenschaftliche Ansprechpartner

Dr. Claus Michelsen
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
Tel +49 30 89789 458
CMichelsen@diw.de

Professor Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Tel +49 89 9224 1406
Wollmershaeuser@ifo.de

Professor Dr. Stefan Kooths
Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel)
Tel +49 341 8814 579 oder +49 30 2067 9664
Stefan.Kooths@ifw-kiel.de

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Professor Dr. Roland Döhrn
RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Tel +49 201 8149 262
Roland.Doehn@rwi-essen.de